

## PVS-Sanierung

### Gefährliches Taktieren

Dass es der Pensionsversicherung für das Staatspersonal (PVS) schlecht ging, wussten viele schon lange. Josef Sele hat im Jahr 2008 eindringlich darauf hingewiesen und gleichzeitig davor gewarnt, die Sanierung noch länger aufzuschieben. Nachdem das Aussitzen des Problems nicht funktioniert hat, wurde eine rasche Lösung, allerdings mit groben Fehlern, durchgesetzt. Ein paar Beispiele:

1. In einem Unternehmen werden immer mehrere Lösungsvarianten erarbeitet, bevor Entscheidungen getroffen werden. Das hätte ich bei einer Gesetzesänderung, die über 300 Millionen Franken kostet, von der Politik auch erwartet. Sie machte das Gegenteil. Von weiteren Vorschlägen wollte sie nichts wissen und verhinderte andere Lösungsansätze konsequent.
2. Die Regierung hat in ihrem Gesetzesvorschlag vorgesehen, dass die angeschlossenen Arbeitgeber ihre Verträge mit der PVS kündigen und zu einer privaten Vorsorgeeinrichtung wechseln dürfen. Kaum haben die AHV-IV-FAK-Anstalten diese auch vom Landtag verabschiedete gesetzliche Option gewählt, reagierte die Politik empört. Die Regierung änderte kurzerhand die Eignerstrategien so ab, dass ein Wechsel für die staatsnahen Betriebe wie AHV, Telecom, LKW usw. nicht mehr erlaubt ist.
3. Regierungschef Hasler hat zwei Gutachter beauftragt, die Verfassungsmässigkeit der Initiative «Win-Win90» von Nikolaus Frick zu prüfen. Beim einen Gutachter handelt es sich um den Experten, der die Gesetzesvorlage der Regierung federführend erstellt hat, und beim anderen um ein Mitglied des Staatsgerichtshofs, der Gesetze und Initiativen auf Verfassungswidrigkeit prüft. Dieser Richter wird das Gremium beeinflussen, auch wenn er in den Ausstand tritt. Als Verfassungsrichter hätte er diesen Auftrag niemals annehmen dürfen, zumal er bereits als Forschungsbeauftragter beim Liechtenstein-Institut indirekt Angestellter des Landes ist. Eine solche Vorgehensweise finde ich äusserst fragwürdig. Sollte der Landtag die Initiative «Win-Win90» von Nikolaus Frick gemäss Antrag der Regierung ebenfalls ablehnen, wird eine neue Initiative folgen. Diese wird nicht mehr als verfassungswidrig ausgehebelt werden können. Das alles führt jedoch dazu, dass die Diskussion um die Sanierung der Pensionskasse von der sachlichen auf eine psychologische

beziehungsweise emotionale Ebene rutscht und der PVS schadet. Auf unser Land werden noch etliche Verteilungskämpfe zukommen. Ich hoffe sehr, dass vor allem Regierungschef Hasler künftig ein Taktieren wie bei der PVS-Sanierung unterlässt. Wenn nicht - die Unabhängigen (DU) dürfen sich freuen.

Willi Frommelt,  
im Gafos 23, Schaan

## Kirchenbild

### Wir - die Kirche

Unter dieser Überschrift durfte ich vor rund 30 Jahren in unseren beiden Landeszeitungen immer wieder eine Randspalte mit Gedanken über die Kirche publizieren. Es war mir als Dekan ein grosses Anliegen, die Lehre des Zweiten Vatikanischen Konzils über die Kirche bewusst zu machen. Im Konzilsdokument ist nicht nur von den Bischöfen und Priestern, sondern auch von den Laien die Rede. Sie seien Christus geweiht und mit dem Heiligen Geist gesalbt und dadurch wunderbar berufen und ausgerüstet.

«Die Laien haben entsprechend dem Wissen, der Zuständigkeit und hervorragenden Stellung die Möglichkeit, bisweilen auch die Pflicht, ihre Meinung in dem, was das Wohl der Kirche angeht, zu erklären. Die geweihten Hirten sollen die Würde und Verantwortung der Laien in der Kirche anerkennen und fördern. Sie sollen gern deren klugen Rat benutzen, ihnen vertrauensvoll Aufgaben im Dienst der Kirche übertragen und ihnen Freiheit und Raum im Handeln lassen, ihnen auch Mut machen, aus eigener Initiative Werke in Angriff zu nehmen» (Lumen Gentium, Nr. 37). Der Hildesheimer Bischof Josef Homeyer († 2010) sagte dazu: «Treue zur Kirche bedeutet nicht kritiklose Zustimmung zu allem, was sich in der Kirche ereignet. Die einseitige Betonung des Gehorsams und die Unterwerfung unter die kirchliche Autorität hat viel zur Lethargie beigetragen. ... Alle Christen, Frauen und Männer, Jugendliche und Erwachsene sind mitverantwortlich für das Leben der Kirche; sie müssen mitdenken und sollen sich an den Entscheidungen beteiligen.»

Bei uns sind schon 1970 die Pfarreiräte und ein Landesseelsorgerat entstanden. Diese Räte sind keine Neuheit, sondern entsprechen ältester Tradition der Urkirche. Vorkommnisse verschiedener Art, wie derzeit jene im Bistum Limburg, machen mich traurig; es stört mich allerdings auch, wie manche Medien über die Kirche berichten. Aber sie zeigen allzu deutlich, wie sehr sich das Kirchenbild des Konzils auch 50 Jahre danach erst noch